DATENSCHUTZERKLÄRUNG

Die nachfolgenden datenschutzrechtlichen Hinweise dienen der Information über die Art und den Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Ausschreibung des Landkreises Schweinfurt über die Vermietung von Räumlichkeiten im Landratsamt Schweinfurt zur Nutzung als Präge- und Verkaufsstelle für Kfz-Kennzeichen und Kennzeichenzubehör sowie zum Verkauf sonstiger mit dem Schilderverkauf oder der Zulassung verbundener Produkte (Ausschreibung Az: 112 nachfolgend kurz "Ausschreibung").

1. Verantwortliche Stelle und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlicher im Sinne von Art. 4 Nr. 7 DSGVO für die nachfolgend genauer beschriebene Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist:

Landkreis Schweinfurt
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Schrammstr. 1
97421 Schweinfurt
Telefon +49 (0) 9721-55-618

2. Art und Umfang der Datenverarbeitung

a. Betroffene Arten von personenbezogenen Daten

Im Rahmen der Ausschreibung werden die von den Bietern zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten verarbeitet. Dabei kann es sich um folgende Arten von Daten handeln:

- Anrede, Vorname, Nachname des Ansprechpartners beim Bieter
- Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) des Ansprechpartners
- Telefonnummer (Festnetz, Mobil) des Ansprechpartners
- E-Mail-Adresse des Ansprechpartners
- Anrede, Vornamen, Nachnamen des zur Leistungserbringung eingesetzten Personals
- Referenzen, Qualifikationen und behördliche Dokumente (Zeugnisse, Nachweise über Studien- oder Ausbildungsabschlüsse, Berufserfahrungen, durchgeführte Projekte) der mit der Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen bedachten Personen

- Namen und Kontaktdaten von Ansprechpartnern bei Dritten, die als Referenz genannt werden

b. Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten

Im Rahmen der Abfrage eines polizeilichen Führungszeugnisses können Angaben über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten oder damit zusammenhängende Sicherungsmaßnahmen verarbeitet werden.

c. Verarbeitungszweck

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt ausschließlich zum Zwecke der Durchführung der Ausschreibung, insbesondere der Beurteilung, ob und inwieweit ein Bewerber oder Bieter die in der Ausschreibung festgelegten Kriterien erfüllt und daher bei der Vermietung der Räumlichkeiten bedacht werden kann.

d. Rechtsgrundlage

Soweit die Verarbeitung von personenbezogenen Daten iSv. Ziffer 2.a. dieser Erklärung erfolgt, ist Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO sowie Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO.

Soweit die Verarbeitung von besonderen Kategorien personenbezogener Daten iSv. Ziffer 2.b. dieser Erklärung erfolgt, ist die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Art. 9 Abs. 2 lit. a) DSGVO.

Soweit die Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten iSv. Ziffer 2.c. dieser Erklärung erfolgt, ist Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Art. 10 DSGVO.

3. Quelle, aus der die personenbezogenen Daten stammen

Soweit personenbezogene Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, stammen diese Daten ausschließlich aus den vom Bewerber oder Bieter gemachten Angaben und damit aus nicht-öffentlichen Quellen.

4. Weitergabe der Daten an Dritte

In Verbindung mit den oben beschriebenen Zwecken können Ihre persönlichen Daten an die folgenden Kategorien von Empfängern übermittelt werden:

- Rechtsanwälte,
- Steuerberater,
- Wirtschaftsprüfer,
- Unternehmensberater,
- IT-Dienstleister,
- Interne Fachabteilungen,
- Gremien und Personalvertretungen,
- Aufsichts- und Kontrollstellen.

5. Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten werden für die Dauer der Ausschreibung gespeichert und nach vollständigem Abschluss des Verfahrens unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gelöscht, soweit der Bieter keiner weitergehenden Speicherung zustimmt oder eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Speicherung besteht.

6. Pflicht zur Bereitstellung von Daten

Es besteht keine gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung von personenbezogenen Daten, insbesondere nicht zur Bereitstellung von besonderen Kategorien personenbezogener Daten oder Daten über strafrechtliche Verurteilungen oder Straftaten. Im Falle einer Nichtangabe von in den Bewerbungsunterlagen geforderten personenbezogenen Daten bleibt jedoch der Ausschluss des Bieters von der Ausschreibung vorbehalten.

7. Bestehende Rechte

Alle von der Verarbeitung betroffenen Personen können gegenüber dem Verantwortlichen eine Reihe von Rechten – grundsätzlich unentgeltlich – ausüben. Ausnahmen gelten nur für die unter b) bis f) genannten Rechte bei offenkundig unbegründeten oder – insbesondere im Fall von häufigen Wiederholungen – exzessiven Anträgen. In diesem Fall kann der Verantwortliche ein angemessenes Entgelt verlangen, bei dem die Verwaltungskosten für die Unterrichtung oder die Mitteilung oder die Durchführung der beantragten Maßnahme berücksichtigt werden, oder sich weigern, aufgrund des Antrags tätig zu werden.

Die Rechte sind im Einzelnen:

a) Widerruf von erteilten Einwilligungen

Jede Einwilligung, die gegenüber dem Verantwortlichen für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erteilt wurde, kann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

b) Bestätigung und Auskunft

Jede betroffene Person kann Bestätigung darüber verlangen, ob der Verantwortliche personenbezogene Daten von ihr verarbeitet. Ist dies der Fall, hat sie einen Anspruch auf Auskunft über die in Art. 15 DSGVO genannten Einzelinformationen.

c) Berichtigung und Löschung

Jede betroffene Person kann die Berichtigung unrichtiger und die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten (Art. 16 DSGVO) sowie unter den Voraussetzungen von Art. 17 DSGVO die Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen.

d) Einschränkung der Verarbeitung

Jede betroffene Person kann die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO einschränken.

e) Widerspruch

Jede betroffene Person kann aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten jederzeit Widerspruch einlegen, soweit sich diese auf die Rechtsgrundlage Art. 6 Abs. 1 lit. e) oder f) DSGVO stützt. Die jeweiligen personenbezogenen Daten werden dann vom Verantwortlichen nicht mehr verarbeitet, es sei denn, es können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachgewiesen werden, die den Interessen, Rechten und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen oder es sei denn, dass die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

f) Herausgabe der Daten und Datenübertragbarkeit

Alle betroffenen Personen können die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die durch sie bzw. den Bewerber oder Bieter bereitgestellt wurden, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format erhalten. Soweit dies technisch machbar ist, haben die betroffenen Personen das Recht, dass diese Daten auf ihre Anweisung hin einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden.

Das Recht auf Datenübertragung besteht nur insoweit, als die Verarbeitung auf einer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO oder auf einem Vertrag gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO beruht und die Verarbeitung mittels automatisierter Verfahren erfolgt. Dieses Recht ist ausgeschlossen, wenn hierdurch Rechte und Freiheiten anderer Personen (insbesondere personenbezogene Daten Dritter, bestehende Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse des Verantwortlichen, Urheberrechte) beeinträchtigt würden.

8. Beschwerderecht

Soweit eine betroffene Person der Ansicht ist, dass der Verantwortliche seinen datenschutzrechtlichen Pflichten nicht ordnungsgemäß nachkommt, kann sie sich jederzeit an die Datenschutzbehörden wenden. Zuständig hierfür ist:

Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz
Postfach 22 12 19
80502 München
089 212672-0
poststelle@datenschutz-bayern.de

* * *